

Agenda

Die Akte Swisscom

Von Regula Stämpfli



Der Staat finanziert einen milliarden-schweren Datenkraken und niemand schreit «Aua». Sie und ich bezahlen also nicht nur eine happige Mediensteuer, sondern diese wird dazu verwendet, dass Ihre und meine Daten erhoben, verkauft, ausspioniert und gehandelt werden.

«SRG, Swisscom und Ringier planen zuschauerspezifische Reklame auf den TV-Kanälen der SRG», publizierte dieses Wochenende die NZZ am Sonntag. Während Brüssel gegen die Monopolstellung von Google kämpft, formiert sich in Bern ein neues Monopol. Die Swissness-Legitimation: «Sie kämpfen damit gegen Google und Facebook.» Hier wird gegen die Pest mit der Cholera vorgegangen.

Als Doris Leuthard mit einem staatsrechtlichen Trick, in enger Zusammenarbeit mit der medien-naiven SP, den ignoranten Gewerkschaften und einigen machtbesessenen Verlegern das «neue Inkassosystem» für die SRG an der Urne durchpeitschte, ahnten selbst die schärfsten Kritiker nicht, dass damit das kapitalistische Prinzip «Geld gegen Leistung» abgeschafft wurde. Früher besass man einen Fernsehapparat, also zahlte man dafür. Jetzt zahlen Sie und ich einen happigen Jahresbetrag dafür, dass wir SRG, Swisscom und Ringier unsere Daten liefern. Wir zahlen Steuern dafür, dass wir ausspioniert werden. Dass halbstaatliche und private Akteure unsere Daten erheben, über die Sie und ich nicht verfügen können. Unser Schutz soll eine «Ethikkommission» sein. Wissen Sie, wer diese bestellt? Richtig. Die Bundesrätin, die in naher Zukunft ihren Alterssitz wahrscheinlich bei der Swisscom, bei Ringier oder in irgendeinem hoch bezahlten Verwaltungsjob (erinnern Sie sich an Moritz Leuenberger und Kaspar Villiger?) bei der SRG geniessen wird. Soll ich Ihnen die Namen der Mitglieder der Ethikkommission schon verraten? Es werden ehemalige SRG-Treue, ein paar völlig überforderte Mediengewerkschafter, ausgefuchste alt Swisscom-Lobbyisten und Medienexperten, die in der Vergangenheit von Bund oder SRG bezahlte Studien präsentierten, Einsitz nehmen. Und ein paar lustige Journalisten, die guten Journalismus bei der Tränen- und Boulevarddrüse ansetzen. Deprimierend ist, dass derartige Vorgänge meist unkommentiert bleiben.

Kürzlich brachte die NZZ ein Stück über Intellektuelle, nannte ein paar verstorbene und lebende alte Männer inklusive auch noch lebende, mittelalterliche Kulturschaffende. Kein Einziger erfüllte das Qualitätsmerkmal eines wirklichen Intellektuellen. Denn dieses besteht darin, «die Wahrheit zu sprechen». Wahrheit gefährdet gemäss Michel Foucault immer die Sprechende. Der Preis der Wahrheit ist in der Diktatur Gefängnis, Folter oder Tod. Der Preis der Wahrheit in der Schweiz ist Ausschluss aus allen Förderstipendien, Beratungsmandaten, Kommissionssitzen, Kulturpreisen, Ehrungen, gut bezahlten Honorarposten etc. Deshalb erstaunt es nicht, dass das, was momentan punkto Daten, Steuern, Medien, Kabelzugang, Selbstverwaltung und Freiheit passiert, kaum «wahrhaftig» kommentiert wird. Da redet man im Wahljahr auf allen Seiten doch lieber über Flüchtlinge, die bösen Diktaturen und schrecklichen Kriegen entkommen sind, statt zu realisieren, dass die heimlichen Datenherrscher hierzulande auf Kosten von Steuergeldern ihre Machtbasis ausweiten. Der nächste Coup steht übrigens auch schon vor der Tür. Die Nationalbank will das Bargeld abschaffen. Im Klartext heisst dies: Sie und ich sind zukünftig das Bargeld. Ohne Spuren sollen wir also in Zukunft weder über eigenes Geld noch über eigene Information verfügen dürfen.

In der Energie- und Klimapolitik braucht es mehr Realismus

Schluss mit Luftschlössern

Von Christoph Buser

Morgen Mittwoch wird im Nationalrat laut Sessionsprogramm Wind gemacht. Im wahrsten Sinn des Wortes. Das Parlament berät voraussichtlich über eine Ständesinitiative des Kantons Bern, die den Bau von Windenergieanlagen an Waldändern und im Wald erleichtern will. Der Ständerat hat zwar bereits einen entsprechenden Passus im Waldgesetz beschlossen. Aber zu reden geben dürfte das Geschäft wohl auch noch im Nationalrat. Denn es handelt sich um ein emotionales Thema. Im Grundsatz ist man sich nämlich einig. Windräder sollen dort gebaut werden, wo der Wind bläst. Möglichst stark. Und möglichst gleichmässig. Genauso sollen Solarkraftwerke dort gebaut werden, wo die Sonne scheint. So weit, so theoretisch.

In der Praxis sehen wir uns immer wieder einem schier unlösbaren Zielkonflikt gegenüber: Energiegewinnung versus Natur- und Landschaftsschutz. Und in der Regel sind es just jene Kreise, die sich die Förderung erneuerbarer Energien mit besonders fetten Lettern auf die Fahne geschrieben haben – Linke und Grüne –, aus deren Mitte die grösste Opposition erwächst, wenn eine umweltfreundliche Energiegewinnungsanlage an einem geschützten Ort gebaut werden oder eine bestehende Produktionsanlage ausgebaut werden soll. Ein Beispiel dafür ist das Flusswasserkraftwerk in Grellingen, gegen das WWF und Fischereiverband Sturm laufen.

Mit der Unverrückbarkeit eines alten staubigen Möbelstücks halten diese – nach ihrer Eigenwahrnehmung – so progressiven Kreise an ihren zementierten Positionen fest, die nicht miteinander zu vereinbaren sind: Naturschutz um jeden Preis und gleichzeitig eine masslose Förderung erneuerbarer Energien. Sie verlangen den Batzen und das Weggeli.

Gleich verhalten sie sich beim Klimaschutz. So schreibt die SP Schweiz in ihrer Stellungnahme zur Verfassungsbestimmung für ein Klima- und Energielenkungs-system vom 9. Juni 2015, die Erreichung der Klimaziele müsse «primär mit Massnahmen im Inland erfüllt werden». Sie sieht:

Das Klima kennt keine Landesgrenzen. Darum ist es schlicht nicht plausibel, weshalb Schweizer Unternehmen nicht mehr CO₂ im Ausland kompensieren können, wo man mit dem gleichen Geld eine viel grössere Menge an CO₂ einsparen könnte. So sieht dies im Übrigen auch eine Mehrheit der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer. Das zeigen die Resultate einer im Juni 2015 durchgeführten Hauseigentümerumfrage der Liga Baselbieter Stromkunden und des Hauseigentümergebietes Baselland (HEV BL). Davon aber wollen die Linken und Grünen nichts wissen.

Die Realität ist, dass es die von Bundesbern verordnete Energiewende und die entsprechende Klimapolitik nicht zum Nulltarif gibt.

Die Realität ist, dass es die von Bundesbern verordnete Energiewende und die entsprechende Klimapolitik nicht zum Nulltarif gibt. Noch besteht bei einem Grossteil jener, welche die Kosten zu tragen haben, durchaus die Bereitschaft, einen entsprechenden Preis zu entrichten. Doch darf der Bogen nicht überspannt werden: 49 Prozent der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer beispielsweise sind bereit, mehr für Energie zu bezahlen, wie die besagte Umfrage von HEV und Liga Baselbieter Stromkunden ergeben hat. 2011 waren es noch 56 Prozent. Allerdings – und auch das zeigte die Studie klar – liegt die Schmerzgrenze für eine Mehrheit der Befragten bei einer Preiserhöhung um 20 Prozent. Mehr liegt nicht drin.

Das zeigt uns klar und deutlich: In der Energie- und Klimapolitik ist die Zeit der Luftschlösser vorbei. Konzentrieren wir uns lieber darauf, pragmatische und breit abgestützte sowie wirtschaftsverträgliche Lösungen zu erarbeiten. Für den politischen Wind sorgen bereits andere. Christoph Buser ist FDP-Landrat, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

Hick-up

Kleinere Teller machen und halten schlank

Von Martin Hicklin

Manche halten Wissenschaft für etwas Abgehobenes, den Anforderungen des menschlichen Alltags Fernes. Und ahnen nicht, was ihnen da an direkt verwendbaren Einsichten verborgen bleibt. Denn unzählige Forschende tun Tag und Nacht nichts anderes, als ihre Kunst und Fertigkeiten der Suche nach dem besseren Leben zu weihen. Daraus wachsen Ratschläge für uns alle, umfänglich gestützt durch sorgfältiges, die Tendenz des Menschen zu schlageseitiger Beobachtung möglichst abschliessendes Beobachten und Messen. Allein über das vergangene Wochenende sind mehrere solche Arbeiten zu Fragen der Fitness und gesunden Essens erschienen. Etwa wie man mit einfachen geometrischen Mitteln einem körperlichen Profil ohne ungesunde Rundungen entgegenstreben kann, wie man dank Spazieren oder einfacher Zugabe das alles weiterhin gut begreift und mit Diät der oft als Nebenwirkung der Lektüre auftretenden Depression vorbeugt.

Nun muss man wissen, dass Wissenschaft manchmal Dinge bestätigt, die man selbst schon vermutet hätte, wäre man nur gefragt worden. Zum Beispiel ob, wer von grossen Tellern isst, mehr Kalorien einfrängt als der, welcher seine Portionen von kleinerem Untersatz aufgabelt. Vermutungen als wahr beweisen kann zwar nur die

Mathematik. Die übrige Wissenschaft nähert forschend das Vermuten der Gewissheit. So analysierte ein Team der Universität von Cambridge mit Gareth Hollands und Ian Shemilt 61 andere Studien mit insgesamt 6711 Teilnehmenden und zeigte, dass Geschirr- und Packungsgrössen die Kalorienaufnahme mitbestimmen. Fazit in den *Cochrane Reviews*: Würde man die pikanterweise gern als Schnäppchen angepriesenen Grossportionen eliminieren und Geschirrgrössen verkleinern, könnte die Energieaufnahme im Vereinigten Königreich um 16 Prozent, in den zu Dickleibigkeit neigenden USA gar um 29 Prozent gesenkt werden. Für uns könnte das heissen: Für das nächste Spaghetti-Essen anstelle der ausladenden Schüsseln die Mokkatellerchen der Grossmama vom Estrich verwenden und statt das Hartweizengewürm an Sosse aus Nachtschattengewächsen zur gourman-diesischen Schlemmerei aufzuhäufen, einfach drei Spaghetti auf Omas Tellerchen den schlankenden Gourmets zum kulinarischen Erlebnis flechten, wie das andere grosse Köche schon lange tun. Wie sagte doch Drei-Sterne-Starkoch Massimo Bottura in Modena: «Mach schwierige Dinge einfach!» Der eher Unterbelebte hat allerdings ein Buch mit dem Titel «Never Trust a Skinny Italian Chef» (Trau nie einem mageren italienischen Chefkoch) geschrieben.

Randnotiz

Moscheen für Merkel

Von Eugen Sorg

Eine Woche lang schien es, als ob die pubertäre Hippie-Hymne «Imagine» von John Lennon Wirklichkeit geworden wäre, zumindest in Deutschland. («Stell dir vor, es gäbe keine Länder, und auch keine Religion» etc.) Die ansonsten besonnene Kanzlerin Merkel öffnete in einem aberwitzigen und ungesetzlichen Entscheid die Grenzen für alle syrischen Flüchtlinge und entfesselte einen Tsunami an einwanderungswilligen Syrern, angeblichen Syrern und offensichtlichen Nicht-Syrern aus der halben Welt. Bis Ende Jahr erwartet man eine Million Neuankömmlinge, grösstenteils junge muslimische Männer, die später ihre Familien nachholen werden. Merksels Tollkühnheit, «wir schaffen das», wurde süss-schmissig orchestriert durch die meisten deutschen Medien, die ohne Zwang zum Amt für Volks-erziehung mutierten und jeden als Fremdenhasser oder Zyniker abwatschten, der Zweifel am Realitäts-sinn der «Willkommenskultur» zu äussern wagte.

Lob, allerdings doppelbödiges, erhielt Merkel auch aus der islamischen Sphäre. Saudi-Arabien etwa bot Deutschland an, 200 Moscheen für die Neuankömmlinge zu stiften. Eine fast höhnische Geste angesichts der Tatsache, dass die reiche und xenophobe Monarchie weltweit antiwestliches Predigertum finanziert. Zufrieden waren auch die deutschen Salafisten, die sofort in den Flüchtlingscamps auftauchten, um neue Anhänger zu rekrutieren. Und ebenso angetan über Merksels geöffnete Grenzen dürfte der Österreicher Mohamed Mahmoud gewesen sein, ein Krieger des Islamischen Staates. Vor einem Monat hatte er von Syrien aus zum Jihad gegen Deutschland und Österreich aufgerufen: «Du brauchst nicht viel. Nimm ein grosses Messer und töte jeden Ungläubigen. Sie sind wie Hunde.»

Mittlerweile ist der Rausch wieder am Abklingen, ein Kater stellt sich ein und leichte Panik kommt auf. Man hatte nicht mit diesem Ansturm gerechnet. Merkel führt über Nacht wieder Grenzkontrollen ein und will die durch ihre Politik hervorgerufenen Migrantenströme auf das übrige Europa umlenken, was zu einer Zerreissprobe führt. Und die wirklich grossen Probleme stehen erst an. Viele Einwanderer kommen aus vormodernen Kulturen. Sie bringen archaische Clanloyalitäten mit, eine Besessenheit mit Religion, Animositäten, die in ihrer Heimat zu Bürgerkriegen geführt haben. Die Welt ist kein Lennon-Song. Der Zusammenhalt des alternden Europas ist gefährdet.

Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungsratspräsident und Delegierter:
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor: Markus Somn (mso)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (-en)

Chefredaktion: Michael Bahnerth (mib), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Alessandra Paone (ale) – Samuel Tanner (sta)

Politik: Martin Furrer (mfu), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Michael Hug (Autor, hu) – Hansjörg Müller (hjm) – Alessandra Paone (ale) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus: Dominik Feusi (f), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gafner (bg) – Christian Keller (ck)

Basel-Stadt: Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heitz (he), stv. Leitung – Aaron Agnolozza (aag) – Nadine Brügger (nab) – Denise Dollinger (dd) – Mischa Hauswirth (hws) – Jonas Hoskyn (hys) – Franziska Laur (fl) – Martin Regenass (mar)

Baselland: Daniel Wahl (wah), Leitung – Carole Gröflin (cin) – Boris Gyagax (bgy) – Joël Hoffmann (Jho) – Alexander Müller (amu) – Dina Sambar (dis)

Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu), Liestal

Wirtschaft: Ruedi Mäder (rm), Leitung – Patrick Gnessler (pg), stv. Leitung – Rahel Koerfgen (rak) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Fabian Kern (ker) – Tilman Pauls (tip) – Dominic Willmann (dw)

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (bbl), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten: Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Berger (borj), London – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flu), Warschau – Willi Germond (wig), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Benedict Neff (ben), Berlin – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile: Graziella Kuhn (gku)

Kolumnisten: Claude Cueni – Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbacher (FE) – Allan Guggenbühl – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Walter Hollstein – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Manfred Messmer – Linus Reichlin – Hansjörg Schneider – Eugen Sorg – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten: Bildung, Gesundheit heute: Denise Dollinger (dd)

Essen & Trinken: Roland Harisberger (rh)

Mobil: Benno Brunner (bb)

Reisen: Sarah Ganzmann (sag)

Beilagen/Projekte: Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Biangetti (cbj) – Peter de Marchi (pdm) – Sarah Ganzmann (sag) – Christian Horisberger (ch) – Lukas Lampart (lam) – Eva Neugebauer (ene) – Stephan Reuter (sr) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung: Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffel (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion: Melody Gyagax, Leitung – Jeannette Bölle
Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur: Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzolini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Liestal: Basler Zeitung, Rebgrasse 17, 4410 Liestal
Redaktion: Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufenal/Schwarzbubenland: Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel
Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag: Sabine Galindo

Leiter Werbermarkt: Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2.5% MWST): 6 Monate Fr. 255.–, 12 Monate Fr. 485.– (Ausland auf Anfrage)

BaZ am Aeschenschplatz: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Schalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–17.30 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate: Basler Zeitung Medien, Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel
Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20
inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservations/Technische Koordination: Reto Kyburz

Geschützte Marken: Nordwestschweizer ZEITUNG

Basler Woche

Baslerfest

Annoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4.25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)
Ein Mitglied des metropool

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG
Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Distriba AG, Neue Fricktaler Zeitung AG